

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Insa Bloem und Kai Fritze

Überschwemmungen

Durch starke Überschwemmungen Ende August 2014 mussten im Norden Bangladeschs etwa eine halbe Million Menschen zeitweise ihre Unterkünfte verlassen. Zahlreiche Ernten wurden durch das Wasser zerstört. Experten warnen, dass der Monsunregen im September zu weiteren Überschwemmungen in anderen Regionen führen könnte. So berichtete das nationale Flutwarnzentrum in Dhaka, dass die drei größten Flüsse des Landes – Jamuna, Meghna und Brahmaputra – das Gefahrenniveau bereits deutlich überstiegen haben. Es bestehe die Gefahr, dass diese aufgrund heftiger Regenfälle in Indien weiterhin ansteigen werden. Im August waren 14 der insgesamt 64 Distrikte Bangladeschs betroffen. Dort suchten Menschen Schutz in höher gelegenen Gebieten, in denen Schulen und andere öffentliche Einrichtungen als Unterkünfte dienten. Vielerorts sind Menschen durch das Wasser jedoch abgeschnitten worden und hatten keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser oder Feuerholz.

Eingeschränkte Freiheiten

Zivilgesellschaftliche Akteure in Bangladesch haben ihre Bedenken zum Ausdruck gebracht, dass die im Januar 2014 neu gewählte Regierung Maßnahmen ergreife, die zu einer Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume führe. Grundlage dieser Befürchtungen sind unter anderem die im Kabinett verabschiedeten neuen Richtlinien zur Regelung des Rundfunkrechts. Die Richtlinien drohen, die Freiheit der Meinungsäußerung von TV- und Radiosendern massiv einzuschränken. So sollen Fernseh- und Radiosender keine Sendungen ausstrahlen dürfen, die die öffentliche und nationale Sicherheit gefährden. Medienvertreter kritisieren vor allem, dass die in den neuen Richtlinien geregelten Straftatbestände nicht klar definiert seien und die Deutungsmacht über die Strafbarkeit einer Sendung daher beim Staat liege. Am 5. August kam es zu einer Protestaktion der größten Journalisten-Gewerkschaft Bangladeschs, bei der Kopien der neuen Richtlinien öffentlich verbrannt wurden. Außerdem wurde im Juni 2014 eine neue Gesetzgebung für Nichtregierungsorganisationen im Kabinett verabschiedet. Diese sieht eine verschärfte Kontrolle von Projekten bangladeschischer NRO vor, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Wäh-

rend die Regierung angibt, durch die Neuerung des Gesetzes eine Verbesserung der Rechenschaftspflicht der NRO zu bewirken, kritisiert die Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch*, dass das Gesetz dazu diene, regierungskritischen NRO das Wort zu verbieten. Nachdem verschiedene NRO dagegen protestiert hatten, werden nun weitere Überarbeitungen angestrebt, bevor der Gesetzesentwurf dem Parlament vorgelegt wird.

Die längste Deutschland-Fahne der Welt

Bangladeschs Fußballer stehen auf Platz 167 der Rangliste des Weltverbandes. Noch nie haben sie an einer WM-Endrunde teilgenommen. Trotzdem fiebern Millionen Menschen bei der Weltmeisterschaft mit. Zehntausende Fahnen wehen zu WM-Zeiten für die Teams aller teilnehmenden Länder von Ziegeleien und Märkten, Slumhütten und Bürotürmen, Rikschas und Mittelklasseautos. Die größte Flagge jedoch gilt dem deutschen Fußball. Amzad Hossain, ein 63-jähriger Bauer aus Magura, hat eine fast 3,5 Kilometer lange schwarz-rot-goldene Fahne nähen lassen. „Bei uns im Dorf sind alle für Deutschland“, sagt er. Der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Dhaka, Ferdinand von Weyhe, reiste deshalb eigens ins fast 200 Kilometer entfernte Magura, um den Mann mit einer lebenslangen Mitgliedschaft im DFB Fanclub auszuzeichnen. Deutschland-Fan wurde der Landwirt Hossain bei der Fußball Weltmeisterschaft 2006, zwei Jahre nachdem er von einer schweren Krankheit dank homöopathischer Medizin aus Deutschland genesen war. „Ich begann Deutschland als ein Zeichen der Dankbarkeit zu unterstützen“, sagte Amzad Hossain. Die Flagge habe ihn umgerechnet mehr als 1500 Euro gekostet, wofür er ein Landstück verkauft habe. Zeitweise arbeiteten drei Schneider an der längsten Deutschland-Fahne der Welt.

CHTC verurteilt Übergriffe

Hana Sams Ahmed, Koordinatorin der *International Chittagong Hill Tracts Commission* (CHTC), wurde am 25. August 2014 angegriffen und verletzt. Die CHTC, eine Organisation, die sich für die Menschenrechte der indigenen Völkern in den Chittagong Hill Tracts einsetzt, teilte mit, dass Hana Shams Ahmed und eine Freundin während eines privaten Besuchs im Distrikt

Bandarban von acht bis zehn Männern angegriffen wurden, von denen einige der bengalischen Siedler-Gruppe *Somo Odhikar Andolon* angehören sollen. Die CHTC äußerte sich zudem stark beunruhigt darüber, dass der Übergriff nicht verhindert werden konnte, obwohl die Frauen von vier Kriminalpolizisten begleitet worden waren. Die Polizei, so die Kommission, habe weder unmittelbare Hilfe geleistet noch den Angriff angemessen dokumentiert und untersucht. Die Kommission geht davon aus, dass der Übergriff ein gezielter Einschüchterungsversuch war, um die Arbeit der CHTC zu behindern. Die CHTC strebt eine vollständige Umsetzung des Chittagong-Hill-Tracts-Friedensabkommens an. Die CHTC fordert die Regierung von Bangladesch auf, den gewaltsamen Übergriff schnellstmöglich aufzuklären und die Täter strafrechtlich zu verfolgen. Dazu gehöre auch, dass ermittelt wird, welche Rolle die vier Kriminalpolizisten gespielt haben.

Hungerstreik

Ende Juli sind in Dhaka etwa 1500 Textilarbeiterinnen in einen Hungerstreik getreten. Sie fordern die Zahlung ausstehender Löhne für Mai, Juni und Juli 2014, die Bezahlung von Überstunden, eine Bonuszahlung nach dem Fastenmonat Ramadan sowie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die Streikenden arbeiten in einer von fünf zur Tuba-Unternehmensgruppe gehörenden Fabrik. Deren Management verweigerte die Zahlungen bislang. Nach elf Tagen wurde der Hungerstreik zum Teil unter Anwendung von Gewalt durch die Polizei aufgelöst. Arbeiter und Gewerkschaften sehen laut Medienberichten einen Zusammenhang zur Verurteilung des *Tuba Group Managing Directors* Delwar Hossain. Dieser wurde Anfang August 2014 wegen eines Brandes in der Textilfabrik *Tazreen Fashion* im Jahr 2012 inhaftiert. Bei dem Brand starben über 100 Menschen, mehr als 200 erlitten Verletzungen. Das Unternehmen gehört ebenfalls zur *Tuba Group*. Menschenrechtsorganisationen kritisieren, dass Delwar Hossain offenbar Erfolg mit der Strategie hatte, während seiner Haft die Löhne nicht auszuzahlen: Er befindet sich inzwischen wieder auf freiem Fuß. Die Arbeiterinnen haben bisher nur Teile ihrer ausstehenden Löhne erhalten. Gewerkschaften und NRO beanstanden außerdem, dass es der Regierung in den ersten 100 Tagen ihrer Amtszeit nicht gelungen sei, die Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie zu verbessern. So seien zwar erste Schritte eingeleitet worden, um die Gebäudesicherheit zu gewährleisten und die Brandschutzmaßnahmen zu verbessern, eine angemessene Umsetzung der neuen Arbeitsgesetze stehe jedoch noch aus. Zudem würden

die neuen Mindestlöhne, die 2013 festgelegt wurden, immer noch nicht flächendeckend ausgezahlt. All diese Maßnahmen wurden Mitte 2013 unter dem Eindruck des Einsturzes der Fabrik *Rana Plaza* beschlossen, bei dem über 1100 Textilarbeiter/-innen ums Leben kamen.

Bevölkerung zufrieden mit Regierung

75 Prozent der bangladeschischen Bevölkerung sind mit der Arbeit der Regierung in den ersten sechs Monaten zufrieden. Das ergab eine von der bangladeschischen Tageszeitung *Dhaka Tribune* und dem Meinungsforschungsinstitut *Innovative Research&Consultancy* durchgeführte Umfrage. Kurz nach der Wahl hatten noch rund 60 Prozent der Bevölkerung die Legitimation des Wahlergebnisses angezweifelt und sich für Neuwahlen ausgesprochen. Laut der Umfrage sei dieser Umschwung nicht damit zu erklären, dass die von der *Awami League* geführte Regierung wichtige politische Projekte umgesetzt habe. Es sei jedoch anzunehmen, so Beobachter, dass das Gros der Bevölkerung wertschätze, dass die politisch motivierte Gewalt von den Straßen verschwunden sei. So sei es den Bürgern nach der Gewaltwelle im vergangenen Jahr vorrangig wichtig, in einem gewaltfreien Umfeld mit funktionierender Infrastruktur zu leben. Die Stabilität bringe Sicherheit, die wiederum Auswirkungen auf das persönliche Wohlbefinden und auf die Durchführung wirtschaftlicher Transaktionen habe. Dies, so Beobachter, trage zur Zufriedenheit bei. Trotz der hohen Rate der Zufriedenheit bemängeln 72 Prozent der Befragten gleichzeitig, dass die Regierung einem Dialog mit der ehemals größten Oppositionspartei, der BNP, aus dem Weg gehe. Die Umfrage wurde mit 1200 Menschen telefonisch zwischen dem 10. und 22. August 2014 durchgeführt.

Regierungsdelegation besucht Produktionsstätte von Photovoltaikanlagen in Schweden

Im August 2014 besuchte eine vierköpfige Delegation der *Bangladesh Export Processing Zone Authority* (BEPZA) die Produktionsstätte für Solarmodule des deutsch-skandinavischen Herstellers *Innotech Solar* (ITS) im schwedischen Glava. Das Unternehmen wird Photovoltaikanlagen in die Industriegebiete und Sonderwirtschaftszonen Bangladeschs liefern. Sie sollen dazu beitragen, das Risiko von Stromausfällen herabzusetzen und die Versorgungssicherheit im Land zu erhöhen. Ziel der Regierung ist es, durch eine zuverlässige Stromversorgung die Ansiedlung neuer Investoren zu fördern und Unternehmen aus anderen Branchen als der Textilindustrie anzulocken.